express
Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Entgelt, Entgelt, Entgelt

Start der Tarifrunde der Länder – von Ulrich Maaz*

In: ***express*** *12/2025*

Am 17. November hat die ver.di-Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst (BTK) die Forderungen für die Tarifrunde der Länder beschlossen. Im Mittelpunkt steht eine Entgeltforderung von sieben Prozent, verbunden mit einem Mindestbetrag von 300 Euro. Die Nachwuchskräfte sollen 200 Euro mehr erhalten und nach erfolgreicher Ausbildung unbefristet in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden. Außerdem wird eine Erhöhung der Zeitzuschläge um zwanzig Prozent gefordert. Der Deutsche Beamtenbund / Tarifunion hat vergleichbare Forderungen gestellt.

Der Tarifvertrag für die Länder (TV-L) gilt für ca. 1,3 Mio. Tarifbeschäftigte der Länder (ohne Hessen). Mittelbar ist dieser Tarifvertrag aber auch für 1,3 Mio. Beamt:innen und 1 Mio. Versorgungsempfänger:innen von Bedeutung. Für sie gilt zwar kein Tarifvertrag, aber nach dem Alimentationsprinzip muss ihre Besoldung »amtsangemessen« sein und orientiert sich faktisch an der Tarifentwicklung.[1] Von den insgesamt 2,6 Mio. Beschäftigten der Länder sind allein im Bildungsbereich, an den Schulen und Hochschulen, etwa 1,5 Mio. tätig.

Es kommt nicht ganz unerwartet, dass der Beschluss der BTK fast ausschließlich Entgeltforderungen zum Inhalt hat. Erklärtes Ziel von ver.di ist es nämlich, frühere Reallohnverluste auszugleichen und die Entgeltlücke zum TVöD zu schließen, der für die Kommunal- und Bundesbeschäftigten gilt. Außerdem war die letzte TVöD-Tarifrunde mit einem »Blumenstrauß« verschiedener gewerkschaftlicher Forderungen nicht besonders erfolgreich (vgl. *express* 4/2025, S. 4).

Neben Entgeltsteigerungen gibt es für den TV-L nur noch eine weitere wichtige Forderung der Gewerkschaften: Die Tarifierung der rund 300.000 studentischen Beschäftigten an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Für sie gibt es (außer im Land Berlin) bisher keine tarifliche Absicherung.

Der Arbeitgeberverband der Länder, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), hat auf die gewerkschaftlichen Forderungen so reagiert, wie es zu erwarten war. In einer Presseerklärung vom 17. November wird der TdL-Vorsitzende und Hamburger Finanzsenator Andreas Dressel mit folgenden Worten zitiert: »Mit ritualisierten astronomischen Forderungen nicht erfüllbare Erwartungen zu wecken, die am Ende zu großen Enttäuschungen bei vielen Beschäftigten führen, ist nicht zielführend! (…) Natürlich verdienen die Beschäftigten der Länder Wertschätzung, nicht zuletzt durch angemessene Lohnerhöhungen. Aber die geforderte Lohnerhöhung passt nicht in die Zeit und ist bei einer Inflationsrate von 2 Prozent völlig überzogen.«

Weiter warf er den Gewerkschaften Maßlosigkeit vor, weil es doch erst im Februar eine Entgelterhöhung um 5,5 Prozent gegeben habe. Er erwähnte aber nicht, dass dies die erste tabellenwirksame Erhöhung nach der Tarifeinigung im Dezember 2023 war. Zuvor gab es näm-

[1] Erst kürzlich hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die Besoldung im Land Berlin zwischen 2008 und 2020 nicht verfassungsgemäß war.

lich lediglich eine Inflationsausgleichsprämie, die bei weiteren Entgelterhöhungen nicht berücksichtigt wird.

Möglicherweise sind die starken Worte der Ländervertreter:innen nicht nur das übliche »Säbelrasseln«, sondern ebenso Ausdruck der aktuellen Kräfteverhältnisse. Angesichts des tarifpolitischen Umfelds – zuletzt gab es niedrige Tarifabschlüsse der Industriegewerkschaften –, des schwachen gewerkschaftlichen Organisationsgrads unter Landesbeschäftigten und der Haushaltspolitik glaubt die TdL offenbar, in einer besonders starken Position zu sein.

Allerdings haben auch die Länder Probleme, genügend qualifiziertes Personal zu gewinnen – nicht zuletzt wegen des vergleichsweise niedrigen Einkommensniveaus. Das gefährdet die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen und könnte in der Tarifrunde noch mehr zum Politikum werden, als das bisher schon der Fall ist.

So oder so: Bei der ersten Verhandlungsrunde am 3. Dezember hat es erwartungsgemäß kein Tarifangebot der TdL gegeben. Vor der zweiten Verhandlungsrunde Mitte Januar wird es sicherlich zu Warnstreiks und Protestaktionen der Gewerkschaften kommen. Dennoch wird die Tarifrunde der Länder nicht (nur) durch Arbeitskampf entschieden werden. Wichtig für einen erfolgreichen Abschluss der Tarifrunde dürfte es sein, wie gut es den Gewerkschaften gelingt, ihre Argumente in der politischen Öffentlichkeit zu platzieren.

** Ulrich Maaz ist Mitglied der express-Redaktion.*

Update zur »Hamburg-Zulage«

In unserer letzten Ausgabe haben wir über das Verhandlungsergebnis zu tariflichen Zulagen für den öffentlichen Dienst in Hamburg berichtet. Obwohl dieses Ergebnis nicht für alle Beschäftigten gelten sollte und die Höhe der Zulagen hinter den Erwartungen zurückblieb, hat ihm die örtliche ver.di-Tarifkommission zugestimmt.

Nicht so der Arbeitgeberverband TdL: Nachdem es Einwände der anderen Bundesländer gab, hat Hamburg eine deutlich schlechtere Regelung zur Abstimmung gestellt. Danach würden nur noch etwa die Hälfte der ursprünglich etwa 10.000 Anspruchsberechtigten eine Zulage erhalten, beispielsweise die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst oder die Kolleg:innen in Schulbüros gingen leer aus. Wie ver.di mit diesem Affront umgehen wird, war zum Redaktionsschluss noch unklar.

Das Pikante daran: Die Zulage wurde für die Freie und Hansestadt Hamburg von Finanzsenator Dressel verhandelt. Der ist gleichzeitig Vorsitzender des TdL-Vorstands. Ob das Konsequenzen für die bundesweiten Tarifverhandlungen der Länder haben wird? Es könnte kompliziert werden.

express im *Netz und Bezug* unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraβe 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12